



TOP VII Tätigkeitsbericht der Bundesärztekammer

Titel: Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Gesundheitssysteme Europas - Kranke nicht für die Krise bezahlen lassen

Entschließung

Auf Antrag des Vorstands der Bundesärztekammer (Drucksache VII - 01) unter Berücksichtigung des Antrags von Dr. Günther Jonitz und Dr. Irmgard Pfaffinger (Drucksache VII - 01a) fasst der 117. Deutsche Ärztetag 2014 folgende Entschließung:

Der 117. Deutsche Ärztetag 2014 fordert die politischen Entscheidungsträger in Europa sowie den Internationalen Währungsfonds (IWF) auf, aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise als notwendig erachtete Einschnitte im Gesundheitswesen derart zu gestalten, dass eine ausreichende gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung gewährleistet bleibt. Kurzfristige Einsparungen dürfen nicht zur mittel- und langfristigen Verschlechterung der allgemeinen Gesundheitslage in den betroffenen Staaten führen. Trotz der Vehemenz der Krise haben die Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Staaten ein Anrecht auf eine ausreichende medizinische Versorgung. Bei Kürzungen im Gesundheits- und Sozialbereich ist von Beginn an eine Politikfolgenabschätzung durchzuführen und transparent zu machen.

Begründung:

Ausgelöst durch die Wirtschafts- und Finanzkrise bzw. die Euro- oder Staatsschuldenkrise befinden sich die Gesundheitssysteme der sogenannten "Krisenstaaten" unter erheblichem Anpassungsdruck. Zur Überwindung der Schuldenkrise hat die Troika, bestehend aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Kommission und Europäischer Zentralbank, in den Krisenstaaten unter dem Leitmotiv der Austerität neben der Privatisierung auch Reformen sowie erhebliche Einschnitte im Gesundheitsbereich angemahnt.

Neben wichtigen Impulsen für die Modernisierung der Gesundheitssysteme sehen die Vereinbarungen, die zwischen der Troika und den betroffenen Staaten erzielt wurden, auch umfangreiche Einschnitte vor. Diese betreffen neben strukturellen Reformen bei den Krankenversicherungen insbesondere den Arzneimittelmarkt und die Arbeitszeiten im Gesundheitswesen bzw. die Vergütung ärztlicher Leistungen.

Für die Patienten bedeuten die Reformen bei den Arzneimitteln und den Arbeitszeiten im

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



Gesundheitswesen eine Einschränkung: Einschnitte in den Arzneimittelmarkt schränken die Therapiefreiheit des behandelnden Arztes ein, die Verdichtung der Arbeitszeit von Ärztinnen und Ärzten kann negative Folgen für die Sicherheit der Patientinnen und Patienten zeitigen.